

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 2. September 1922. Anzeigepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 30 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Leipzig, den 2. September 1922

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 2. September 1922. Anzeigepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 30 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 102

### Bekanntmachung

Auf Beschluss des Vorstandes vom 28. August 1922 werden mit Wirkung vom 27. August an die Unterstützungsätze in der Arbeitslosen- und in der Krankenunterstützung wie folgt festgesetzt:

In der Reiseunterstützung:  
nach 13 bzw. 26 Beiträgen 16 M. pro Tag  
" 75 Beiträgen 24 " " "

In der Ortsunterstützung:  
nach 52 Beiträgen 16 M. pro Tag  
" 150 " 20 " " "  
" 500 " 24 " " "

In der Krankenunterstützung:  
nach 26 Beiträgen 16 M. pro Tag  
" 250 " 20 " " "

An die bezugsberechtigten Invaliden ist für den Monat September eine einmalige Beihilfe von 200 M. zu zahlen.

Der Vorstand will mit vorliegendem Beschlüsse, soweit es der Organisation möglich ist, der Auflage der arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder nachzukommen und versucht die Unterstützungssätze mit den durch diese Unterstü-

Berlin, 28. August 1922.

Der Vorstand

### Die Buchdrucker in der Kritik der Arbeiterpresse

Wir schämen voraus, daß es sich bei diesem Thema nicht um brüske Bewegungen an sich handelt. Darüber haben wir erst in Nr. 93 unter Anleitung der maßgebenden Generalverwaltungsbehörden wie der von Gauvorsteherkonferenzen näher und deutlich gesprochen. Sankt Disziplin! Das ist der Mahnruf steht auch in linkslebenden Arbeiterblättern, er ist von uns schon immer den Kollegen als gewerkschaftliche Pflicht vor Augen geführt worden. Summa in einer Organisation mit zentraler Regelung der Lohnverhältnisse und in einer Zeitperiode, wo die Arbeiterschaft des gesamten graphischen Gewerbes zu einheitlichem Handeln zusammengelassen werden soll. Dabei haben wir mehr und mehr die Seelöselohnpolitik und die verdammte Verschleppungsart der maßgebenden Prinzipalität als Urheberhaft dessen angeklagt, was in der Zeit immer höher steigender Not häufiger im Buchdruckgewerbe in die Erscheinung tritt. Die Prinzipale mögen sich noch so oft über wilde Streiks beschweren und Verdammungsedikte vorlegen wie bei den Augulterhandlungen des Tarifausschusses wiederum, sie gehören dennoch als Urheber auf die Anklagebank und verdienen das schärfste Urteil.

Wenn in diesem Artikel trotzdem die Gehässigkeit herhalten muß, so liegt das in der überflüssigen und schädlichen Erweiterung kritischer Kämpfe begründet. Die Stilllegung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse ist ganz unabhängig von dem abzuhandelnden Verhalten der Prinzipalität bei brüsk ausgebrochenen Aktionen; sie ist vielmehr das beste Mittel, die Unternehmer zusammenzubringen und deren Position zu stärken! Welcher Arbeiter kann bei ruhiger Betrachtung der Dinge sich denn dafür einsehen, was keine Interessen nur schädigt? Leider ist in unsern Reihen trotz aller Aufklärung und trotz böser Erfahrungen stellenweise eine geistige Blindheit wahrzunehmen, die betrübend ist.

Seit den Tagen des Knapp-Pulches (März 1920), wo man in Berlin den schärfsten Buchdrucker-Generalstreik aus politischen Gründen erlebte, während z. B. in Leipzig aus derselben Ursache nur ein Bewilligungstreik (gegen Knapp; für die Republik) geführt wurde, und zwar mit gutem Gelingen und unter Einverständnis der Buchdrucker, sollte eigentlich ein Generalstreik der Buchdrucker ideell (politisch) und materiell (Lohnforderungen) gar nicht mehr diskutabel sein. Diese Erwartung ging aber nicht lange danach in die Brüche, als in einer kleineren sibirischen Stadt trotz ausgeprochener Bewilligung und trotz aller guten Worte auch das betreffende Parteiorgan bestrahlt wurde, was der „Tribüne“ (UGP) in Gersfurt Veranlassung gab, die Buchdrucker ob dieser Taktik Idioten zu nennen. Diese schandmäßige Form von Kritik ist damals schon zurückgewiesen worden.

Jedenfalls ist aber der Bewilligungstreik, d. h. wo die Forderungen anerkannt sind, kaum gearbeitet werden, für den Ernstfall die gegebene Parole geworden. Wenn jemand zu bestrahlen, der die Forderungen der Arbeiter erfüllt oder gar sozialistische Ziele, die dazu fast immer bereit sein werden, ist doch gewerkschaftlicher Ansinn. Kritik kennt man aber zu leicht gar keine Gebundenheit. Es ist durchaus keine Einseitigkeit vorhanden. Die Mitteilungsstellen, die, wenn sie schon einmal aus der Reihe tanzten, sich auf den Bewilligungstreik beschränkten, haben immer besser abgeschnitten als die vermeintlich auf Gange gebenden, in Wirklichkeit jedoch gegen sich selbst gerichteten Anklagen. Man kann auch nicht immer die Opposition für solche gewerkschaftlichen Takte und Ungleichsprünge verantwortlich machen; in dieser Beziehung haben sich — auch schon ganz rechtslebende Kollegen verständigt.

Auf jeden Fall ist es jedoch notwendig, der Kollegenchaft einmal zu demonstrieren, zu welchem „Ansehen“ wir Buchdrucker es dadurch bereits in der Arbeiterschaft gebracht haben, damit schnell und gründlich Schluss eintritt mit Vorgängen, die auch unsere Organisation um alles Renommee bringen, obwohl sie für die Sache nichts kann. Von der Generalversammlungswache an — auch ein Zusammenreffen! — geht die neue Verirrung in permanenter Fortsetzung.

Aber den Berliner Streik (1. bis 11. Juli), den der Gauvorstand von vornherein nicht zum Generalstreik werden lassen wollte, befinden sich Läden in unserm Material, da von den drei Arbeiterblättern nicht mehr sämtliche Nummern vorhanden sind oder die Exemplare aus den in Betracht kommenden Tagen durch vorgenommene Ausschnitte nicht mehr vollständig erhalten blieben. Wir beschränken uns daher auf die folgenden, hauptsächlichsten Auslassungen.

Der „Vorwärts“ urteilt, nachdem er wieder erschienen konnte, in verschiedenen Nummern über die einzelnen Phasen des Kampfes:

Es bleibt zu hoffen, daß die Buchdrucker, die stets stolz darauf waren, die Elite der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu sein, den Wünschen bestimmter Kreise nicht in die Hände arbeiten. Es bleibt dabei, daß die Forderungen der Buchdrucker nach besserer Entlohnung an sich berechtigt sind. Die Buchdrucker als diejenigen, von denen heute die öffentliche Meinung der Reichshauptstadt, der intensive Schutz der Republik und darüber hinaus die Gestaltung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage abhängt, sie müssen sich aber darüber klar sein, daß sie nur in dem Maße die Unterstützung der öffentlichen Meinung und der Arbeiterparteien hinter sich haben, als diese des klaren Einbildes der Buchdrucker in unsre politische Gesamtlage sicher sind. Wir bauen jetzt auf die gewerkschaftliche Erfahrung und die politische Klugheit der streikenden Buchdrucker.

Wie Vertreter der Gewerkschaftskommission, der SPD, und der UGP, sich in Buchdruckerparlamenten bemühten, auch den Druck des Papiergeldes und der in Berlin erscheinenden Gewerkschaftsblätter freizubekommen, fand in den Berichten darüber anschauliche Schilderung. Einem eingelangten Artikel entnehmen wir diese Stelle (nachdem dargelegt worden ist, daß durch den General-

streik viele mittlere und kleinere bewilligungsbereite Betriebe nicht in der Lage wären, den Drohen eine ungewünschte Konkurrenz zu machen):

Damit nicht genug, wird durch diese Verschärfung des Kampfes die gesamte in Berlin erscheinende Gewerkschaftspresselohngeleert. 50000 Buchdrucker stehen gegenwärtig in einem schweren Lohnkampf, ohne daß ihnen die unentbehrliche Masse ihres Fachblatts zur Verfügung stände. Die Zeitungsarbeiter Deutschlands stehen unmittelbar vor einem riesigen Kampf, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren. In diesem Augenblick ist das Mittel der Aufklärung der Massen, das Verbandsorgan, unentbehrlicher als je. Auch dieses Mittel verlagert durch den Streik. Sollte das alles so zufällig sein? Sollte wirklich zwischen den Schaffmachern in der Zeitungsindustrie, die es ohne Not zum Kampfe treiben, und der höchst merkwürdigen Haltung der Berliner Buchdruckereliten bzw. deren Vertreter, keinerlei Zusammenhang bestehen?

Wir werfen für heute nur diese beiden Fragen auf. Wir wollen der Entscheidung der Buchdruckerparlamentarier in keiner Weise vorgreifen. Wir geben ihr aber zu bedenken, ob es immer klug gehandelt ist, gerade auf die Taktik einzugehen, die der Gegner offenbar selbst wünscht.

Die hauptsächlichste redaktionelle Auslassung des „Vorwärts“ ist bei Zitierung der „Freiheit“ zu finden. Sie kann davon nicht getrennt werden, weil sonst bei der „Freiheit“ der Zusammenhang verloren gehen würde.

Aus der „Freiheit“, dem Zentralorgan der UGP, ist eine scharfe Beurteilung der UGP-Organen wie formalistischen Einstellung der Internierten im Buchdruckerbetrieb“ das Folgende anzuführen:

Nichtsozialistischer halten wir die ganze Taktik der Buchdrucker, die in diesem Kampfe zum Ausdruck kam, für verfehlt. Insbesondere, weil dieser Kampf zeitlich zusammenfiel mit dem Raubau-Morde, der eine politische Situation schuf wie nie zuvor. In diesem Moment die Presse zum Stillstand zu bringen und nach vieler Mühe die Arbeiterpresse wenigstens freizugeben, war zu diesem Zeitpunkt ein Beginnen, das die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nicht förderte.

Der „Vorwärts“, Nr. 325, erklärt ebenfalls, daß durch einen allgemeinen Solidaritätsstreik eine völlige Verkennung der Auswirkungen eines wirtschaftlichen Kampfes in Erscheinung trat. Und weiter heißt es:

Die Buchdrucker glauben, daß ein allgemeiner Solidaritätsstreik in einer schwierigen politischen Lage des Reiches, da die Zeitungen geradezu unentbehrlich waren, daß ein Bestreiken der Reichsdrucker in einem Moment bedenklicher Geldknappheit den Druck der Republik auf die reaktionären Unternehmer, die nicht bewilligen wollten, verstärken müsse. Die Buchdrucker wollten die Kraft, die die Republik eben aufwande, um die Reaktion zu bekämpfen, zum Mittel ihres gewerkschaftlichen Krieges machen.

Sier war im Buchdruckerstreik der Punkt, wo sich die angerufenen Kräfte naturnotwendigerweise gegen die Buchdrucker selbst wenden mußten. Es ist nicht verstehbar, daß eine Arbeiterschaft, und seien es auch die Berliner Buchdrucker, das notwendige Erscheinen des „Zeitungsarbeiters“, der 600000 Gewerkschaftler über ihren eben begonnenen Lohnkampf zu unterrichten hat, zum Druckmittel der eigenen Lohnbewegung machen. Es ist nicht verstehbar, daß politische Arbeiterparteien, die im schärfsten Kampfe gegen die Reaktion stehen, daß eine republikanische Regierung, die ein unlässendes Gesetzbuchwerk zum Schutze der Weimarer Verfassung ausbaute, in diesem Moment ihrer Presse beraubt werden. Es ist auch unmöglich, daß die gesamte deutsche Finanzwirtschaft durch ein Bestreiken der Reichsdrucker, daß die Durchführung der republikanischen Schutzgesetzgebung durch die Stilllegung des „Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers“ gelähmt wird. Hier verlagerte die politische Erkenntnis der Berliner Buchdrucker. Und so mußte neben der Sympathie, die jedermann für die materiellen Forderungen der Buchdrucker hatte, mit zunehmendem Maße der Anwalt über die politische Einseitigkeit der Berliner Buchdrucker sich steigern.

Die „Freiheit“ erklärte ihre ausdrückliche Abereinstimmung zu dieser scharfen Beurteilung.









